

**Erleichterungen von Individualklagen vor dem
Europäischen Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz**

- eine Präzisierung von CONV 45/02 CONTRIB 25

Beitrag von Hannes Farnleitner und Reinhard Rack
Mitglieder des Konvents

Im Beitrag des Mitglied des Konvents Hannes Farnleitner, CONV 45/02 CONTRIB 25, wurde bereits das Problem aufgezeigt, dass Einzelpersonen Rechtsakte der Gemeinschaftsorgane nur sehr beschränkt vor dem EuG I bzw. EuGH anfechten können. Insbesondere Nichtigkeitsklagen gemäß Art 230 EGV können von Einzelpersonen nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen erhoben werden.

Im Beitrag CONV 45/02 CONTRIB 25 wurde bereits eine mögliche Lösung dieses Problems aufgezeigt. Dieser Lösungsvorschlag soll nunmehr im Lichte der bisherigen Diskussionen im Konvent zu dieser Frage – insbesondere im Rahmen der Arbeitsgruppe Grundrechtecharta – weiterentwickelt und präzisiert werden, um vereinzelt geäußerten Bedenken gegen eine Erweiterung des individuellen Klagerechts Rechnung zu tragen.

1. Das Problem:

Gemäß Art 230 Abs 4 können Einzelpersonen einen generellen Rechtsakt nur dann beim EuG I bzw. EuGH bekämpfen, wenn sie durch diesen Rechtsakt unmittelbar und individuell betroffen sind. Problematisch ist hierbei die zweite Voraussetzung, das Erfordernis der „individuellen“ Betroffenheit. Eine individuelle Betroffenheit von Gemeinschaftsakten liegt nach der bisherigen ständigen Judikatur des EuGH und des EuG I nur dann vor, wenn die angegriffene Maßnahme den Einzelnen wegen bestimmter persönlicher Eigenschaften oder besonderer ihn aus dem Kreis aller übrigen Personen heraushebender Umstände berührt und ihn daher in ähnlicher Weise individualisiert wie den Adressaten eines individuellen Rechtsaktes. In der Praxis führt dies dazu, dass individuelle Klagen gegen generelle Rechtsakte trotz Vorliegens einer unmittelbaren Betroffenheit in vielen Fällen mangels individueller Betroffenheit der Einzelpersonen nicht zugelassen werden.

Dazu wurden in der Beilage zum Beitrag CONV 45/02 CONTRIB 25 einige Beispiele zitiert, die anschaulich machen, dass diese Rechtslage für den Bürger sicherlich unverständliche Auswirkungen hat.

Diese Rechtsschutzlücke kann nur durch eine Änderung der Verträge geschlossen werden. So hat der EuGH jüngst in *Unión de Pequeños Agricultores*, Urteil vom 25. Juli 2002, C-50/00 P, Z 44f, eine rechtsschutzfreundlichere Auslegung des Art 230 Abs 4 EGV abgelehnt, da auch eine Auslegung im Lichte des Grundsatzes eines effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes nicht zum Wegfall der fraglichen Voraussetzung, die ausdrücklich im EG-Vertrag vorgesehen ist, führen könne, ohne dass die den Gemeinschaftsgerichten durch den Vertrag verliehenen Befugnisse überschritten würden. Auch wenn ein anderes System der Rechtmäßigkeitskontrolle der Gemeinschaftshandlungen allgemeiner Geltung sicherlich vorstellbar sei, so wäre es Sache der Mitgliedstaaten, das derzeit geltende System zu reformieren.

Im Zuge der Diskussion in der Arbeitsgruppe Grundrechtecharta wurden im wesentlichen zwei Bedenken gegen eine Erweiterung des individuellen Klagerechts geltend gemacht.

Zum Einen wurde eingewendet, dass eine Anfechtung von Akten der Legislative durch Einzelpersonen prinzipiell abzulehnen sei. Dem ist entgegenzuhalten, dass dies gemäß Art 230 Abs 4 EGV bereits nach dem geltenden System – wenn auch unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen – möglich ist.

Zum Anderen wurden Bedenken geäußert, eine Erweiterung des individuellen Klagerechts würde zu einer „Klageflut“ und damit zu einer Überlastung des Gerichtshofes führen. Zwar wies Vassilios Skouris, Richter am EuGH, jüngst in einer Anhörung in der Arbeitsgruppe Grundrechtecharta¹ derartige Bedenken mit dem Argument zurück, dass das Risiko eines Anstiegs der Arbeitslast kein Kriterium darstelle, welches bei der Gewährleistung eines effektiven Rechtsschutzes zu berücksichtigen sei.

Auch Generalanwalt Francis Jacobs verwarf diesen Einwand und sprach sich kürzlich erneut für eine Erweiterung des individuellen Klagerechts aus.² Nichts desto Trotz sollten diese Bedenken ernst genommen werden. Mit dem folgenden Lösungsvorschlag wird daher eine Formulierung von Art 230 Abs 4 EGV vorgestellt, die einen effektiven individuellen Rechtsschutz gewährleistet, jedoch gleichzeitig die befürchtete „Flut“ an Nichtigkeitsklagen ausschließt.

2. Lösungsvorschlag:

Zur Verbesserung individueller Rechtsschutzmöglichkeiten könnten, wie auch schon im Beitrag CONV 45/02 CONTRIB 25 vorgeschlagen, die Worte „und individuell“ in Art 230 Abs 4 EGV gestrichen werden. Um der Besorgnis entgegen zu treten, diese Änderung des Art 230 Abs 4 EGV könnte zu einer zu dramatischen Erweiterung des individuellen Klagerechts und damit zu einer Überlastung des EuG I bzw. EuGH führen, könnten zusätzlich die Worte „in ihrer Rechtsstellung“ eingefügt werden.

¹ Vgl. Arbeitsgruppe II, WD 19, 3ff.

² Vgl. Arbeitsgruppe II, WD 20.

Art 230 Abs 4 EGV würde damit lauten: „Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als Verordnung oder als an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen sind, sie unmittelbar in ihrer Rechtsstellung betreffen.“¹

Mit dieser Formulierung könnten natürliche oder juristische Personen Nichtigkeitsklage gegen Gemeinschaftsrechtsakte dann erheben, wenn sie durch diese Rechtsakte „unmittelbar in ihrer Rechtsstellung“ betroffen sind. Durch das Abstellen auf die Rechtsposition des Klägers werden jedoch diejenigen – sicherlich zahlreichen – Fälle mit bloß „wirtschaftlichen Reflexwirkungen“ ausgeschlossen.

Zur Veranschaulichung darf auf das System der österreichischen Verfassungsgerichtsbarkeit hingewiesen werden, wo das Problem einer möglichen „Klageflut“ ähnlich gelöst wird und eine Einzelperson ein Gesetz oder eine Verordnung ebenfalls nur dann anfechten kann, wenn sie unmittelbar in ihrer Rechtsposition betroffen ist. Dieses System hat sich in der Praxis sehr gut bewährt und hat insbesondere zu keiner Überlastung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes geführt.

Im Ergebnis entspricht dieser Lösungsvorschlag auch dem Ansatz des EuG I in *Jégo-Quéré*, Urteil vom 3. Mai 2002, T-177/01, in dem ebenfalls auf die unmittelbare Auswirkung eines generellen Aktes auf die Rechtsposition des Klägers abgestellt wird. Einem weiteren Aspekt in *Jégo-Quéré*, nämlich ob dem Kläger ein effektiver nationaler Rechtsschutz zur Verfügung steht, wird mit dem hier vertretenen Vorschlag allerdings nicht gefolgt. Ein Abstellen auf die Existenz eines effektiven nationalen Rechtsmittels hat der EuGH in *Unión de Pequeños Agricultores* abgelehnt, da dies eine unzulässige Auslegung von nationalem Verfahrensrecht durch den Gerichtshof zur Folge hätte.

¹ Die zukünftige Formulierung von Art 230 hängt selbstverständlich auch vom Ergebnis der Arbeitsgruppe IX (Vereinfachung) ab. Der hier vorgestellte Lösungsvorschlag, das Abstellen auf die unmittelbare Betroffenheit in der Rechtsposition des Klägers, wäre jedoch auch im Zusammenhang mit einem allfälligen neuen Rechtsquellenkatalog denkbar.